

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

29.05.2024

Inhalt

EWN

1 Zukunft gestalten mit Atomkraft <i>DIE WELT, 29.05.2024</i>	3
2 Zu Besuch beim Strahlenmüll <i>DIE ZEIT, 29.05.2024</i>	5
3 Russlands vergessenes strahlendes Erbe <i>die tageszeitung, 28.05.2024</i>	8

Zukunft gestalten mit Atomkraft

Die Internationale Agentur für erneuerbare Energien schätzt den jährlichen Investitionsbedarf auf über fünf Billionen US-Dollar um den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 40 Prozent auszubauen und so das Klimaziel von 1,5 Grad noch zu erreichen. Das sind mehr als fünf Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Jeder kann sich fragen, ob diese Ausgaben politisch umsetzbar sind. Die United Nations Economic Commission for Europe geht davon aus, dass die Klimaziele nur durch einen Ausbau der Atomkraft erreichbar sind. Die neuen Atomreakortypen der Generation IV sollen effizienter und sicherer sein und weniger lang strahlenden Abfall erzeugen.

Die meisten Länder werden weiter Atomkraft betreiben. Bei der vergangenen Weltklimakonferenz in Dubai verkündeten sogar 22 Länder, dass sie bis 2050 ihre Atomkraftkapazitäten verdreifachen wollen. Vor diesem Hintergrund sollte Deutschland eine sichere Technik und Konzepte für die Endlagerung entwickeln, die auch dem Ausland zur Verfügung gestellt werden können. Gefragt sind internationale Atom-TÜVs, die dafür sorgen, dass unsichere Reaktoren rechtzeitig abgeschaltet werden. Hier muss man sich einigen, denn das eigene Risiko ist auch das der anderen. Neben einer fachlichen Beratung und Kontrolle sollten auch internationale Finanzierungen zur Verfügung gestellt und die Kompetenzen der vorhandenen internationalen Atombehörden ausgebaut werden.

Deutschland hätte bei der Atomenergie einen Vorteil, wenn es sichere Kernkraftwerke bauen könnte. Hier läge die Chance für einen komparativen Wettbewerbsvorteil. Humankapital im Anlagenbau ist vorhanden. Auch eine Energie-Autarkie ist dann eher denkbar, wenn man zusätzlich ausreichend Uran vorrätig hält. Uranabbau gibt es nicht nur in Russland. Und das Argument, dass der Bau von Atommeilern zu lange dauere, um das Klima zu retten, passt nicht, weil man einerseits ja gerade erst Anlagen abgeschaltet hat und wir andererseits auch längerfristig alle Optionen nutzen sollten, um CO₂ zu reduzieren.

Deutschland täte also gut daran, sich an die Spitze einer internationalen Bewegung zur Rettung des Klimas

zu setzen, anstelle weiter auf unrealistische Lösungsansätzen zu bestehen und wie unsere Bundesregierung Atomenergie per se auszuschließen. Nicht nur, dass Deutschland mit dem teuren Strom einen Standortnachteil hat und den eigenen Wohlstand und den sozialen Frieden gefährdet. Deutschland verliert damit in der Europäischen Union die Möglichkeit, die europäische Zukunft mitzugestalten. Wenn jetzt Frankreich, Großbritannien und weitere Länder die Atomkraft ausbauen wollen, kann Deutschland den internationalen Sicherheitsstandard nicht mitbestimmen.

Außerdem brauchen wir finanzierbare Anreize zur CO₂-Reduktion. Ziel sollte eine einheitliche globale CO₂-Steuer sein, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Einen festen Termin für den Ausstieg aus dem Verbrenner oder der fossilen Energie braucht man dann nicht mehr. Vielmehr werden Markt und Wettbewerb Lösungen hervorbringen, um die CO₂-Steuer zu minimieren und damit auch den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Ziel muss es sein, auf internationaler Ebene eine Koalition der Willigen als Klimabündnis zu bilden. Dieser Club muss nicht nur eine gemeinsame CO₂-Steuer erheben, sondern mit einem CO₂-Zoll auch Anreize für Nicht-Clubmitglieder schaffen, Umweltmaßnahmen zu finanzieren und klimaneutral zu werden. Das hat etwa der amerikanische Nobelpreisträger William D. Nordhaus vorgeschlagen. Das EU-Parlament hat dies erkannt und sich dafür ausgesprochen, einen CO₂-Zoll an den EU-Außengrenzen zu erheben. Die USA und die EU verfügen über attraktive Märkte, die nur klimaneutralen Produkten zugänglich sein sollten. Es ergibt auch für Verbraucher wenig Sinn, Billigprodukte zu importieren und dadurch das Weltklima und damit indirekt die eigene Umwelt durch CO₂-Emissionen, beispielsweise in China, zu zerstören. Die Einnahmen aus Zöllen und CO₂-Steuern könnten für Umweltmaßnahmen wie Aufforstungsprogramme verwendet werden. Zusagen zum Erhalt der Wälder wurden bisher ebenso wenig eingehalten wie die zur Treibhausgasreduktion. Würden Bäume ihren Klimawert zugebilligt bekommen, würden Länder wie Brasilien sie nicht mehr abholzen. Auch hier haben wir ein Anreizproblem.

Laut einer Studie der ETH Zürich können globale Aufforstungsprogramme 205 Gigatonnen CO₂ der bisher vom Menschen emittierten 300 Gigatonnen binden. Diese Maßnahmen werden die Klimaerwärmung verringern und sind vor allem finanzierbar. Die Zeit drängt

zur Ehrlichkeit – nicht nur das Klima, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist in Gefahr.

Der Autor lehrt Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes in Saarbrücken

Zu Besuch beim Strahlenmüll

Das Atommülllager Asse droht zusammenzubrechen. Unsere Reporterin ANJA STEHLE hat den Schacht bei einer womöglich letzten Tour unter Tage besichtigt

Jens Köhler spricht mit erstaunlicher Gelassenheit für einen, dem die Kontrolle entglitten ist. Selbstverständlich arbeite seine Mannschaft mit »Hochdruck« an einer »schnellen Lösung«. Man sei zuversichtlich, dass man das Problem bald »lokalisieren« werde.

Aber schon während der Chef der Asse spricht, scheint ihm die Zeit davonzulaufen. Meterlang hängen weiße Salzzapfen von der Decke der Stollendecke herab. Ungewöhnlich viel Wasser hat den Tropfstein in jüngster Zeit stark anwachsen lassen. Es rinnt die Zapfen herab, tropft leise auf Köhlers Helm und Schutzkleidung und sammelt sich in Salzpflützen auf dem Boden. Köhler steht da wie der letzte verbliebene Mensch, der Kapitän auf einem Schiff, das er vor dem Untergang zu bewahren versucht.

Die Asse ist ein früheres Salzbergwerk in Niedersachsen, in dem radioaktive Abfälle zwischengelagert sind. Am Donnerstag vergangener Woche steht Köhler zusammen mit einer Gruppe Journalisten in einem Stollen 725 Meter unter der Erde. Die Kammern mit dem Strahlenmüll, sagt er, lägen »direkt unter uns«, bloß 25 Meter entfernt. Das Problem sei nur gerade, dass man nicht wisse, wohin das viele Wasser von hier aus weiterfließe. Es könnte durchaus die Atomkammern erreichen und dort wer weiß was anrichten. »Könnte!«, sagt Köhler. Noch sei es nicht so weit.

Doch so muss es nicht bleiben. Vor zwei Wochen berichtete die Chefin der für die Asse zuständigen Gesellschaft für Endlagerung (BGE), Iris Graffunder, im Unterausschuss des Bundestages über das Wasser, das sich seit ein paar Monaten bedrohlich nahe den Fässern mit ihrem radioaktiven Inhalt sammelt. Die Anwohner in den umliegenden Gemeinden sind ebenso in Sorge wie Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne). Denn nun ist in Gefahr, was seit Jahrzehnten geplant und gesetzlich beschlossen ist: die Rückholung des Atommülls aus der Asse.

Die Nutzung der Atomkraft ist in Deutschland seit April

vergangenen Jahres Geschichte – doch ein Endlager gibt es bislang nur für den schwach- bis mittelradioaktiven Müll, wie jenen in der Asse. Voraussichtlich ab 2027 soll dieser im ehemaligen Eisenerz-Bergwerk Konrad im niedersächsischen Salzgitter eingelagert werden. Für die hochradioaktiven Brennstäbe fehlt noch immer ein Ort, an dem sie dauerhaft verbleiben sollen.

In dieser Situation also ermöglicht die BGE einigen Journalisten zusammen mit Jens Köhler, dem Chef der Asse, den Zutritt zum Salzstock. Eine Firmensprecherin betonte dabei, man wisse nicht, ob das die letzte Begehung in der Geschichte der Asse sein werde. Es geht abwärts im Schachtaufzug. Ein museumsreif anmutender, wackeliger Gitterkorb, der mit 36 Stundenkilometer ins Erdreich gleitet. Auf 490 Metern: Umstieg in eine offene Mercedes G-Klasse. Ein schmaler Tunnel führt immer weiter in die Tiefe. Die Seitenwände, die Decke, der Boden – alles aus Salz. Irgendwo rattert immer ein Generator. Es ist heiß. Als man irgendwann Salz auf der Haut schmeckt, kann man sich wenigstens einbilden, es komme aus den eigenen Poren und nicht aus dem (kontaminierten?) Salzstock. Nein, keine Gefahr, heißt es. Das kleine Dosimeter an der Schutzkleidung, ein Strahlenmessgerät, zeigt 0,000.

Ein Salzstock, erklärt Köhler während der Fahrt, sei grundsätzlich gut geeignet, um Atommüll zu lagern. Salz isoliere gut. Die Asse jedoch: völlig unbrauchbar. Warum, wird in der Schachtanlage offensichtlich. Der Berg bewegt sich. Dadurch entstehen Risse im Felsen und im Salz, durch die immer mehr Wasser dringt, was das Bergwerk weiter zerstört. In der Asse wurde ungewöhnlich viel Salz abgebaut. »Die sind damals an die Grenzen gegangen«, sagt Köhler und lacht: »Genau so sieht ein Salzstock aus, den man nicht als Endlager nutzen sollte.« Besserer Humor ist hier nicht zu bekommen.

Immer wieder sind Befestigungsarbeiten zu sehen. Seit Jahrzehnten stemmen sich die Bergleute gegen

den Einsturz der Seiten und des Deckengewölbes. Auch in den Kammern mit radioaktivem Material sind die Decken längst eingebrochen. Nur noch Daten von Messgeräten und Sensoren können eine Vorstellung davon vermitteln, was da unten bei den Fässern eigentlich los ist.

Auf der 658-Meter-Ebene stoppt Köhler den Wagen. An einer Stelle, die genau oberhalb von jener auf 725 Metern liegt, in der neuerdings die Tropfsteine wachsen. Die Decken der Schachanlage sind ungewöhnlich hoch, hier wurde früher also extrem viel Salz abgebaut. Und hier haben die Bergleute vor ein paar Wochen festgestellt, dass etwas nicht stimmt.

Weil sich an diesem Ort auch früher schon Wasser gesammelt hat, wurde 1997 ein Teil des Stollens mit einer Folie ausgelegt, fast wie bei der Anlage eines großen Gartenteichs. Das sich dort sammelnde Wasser wurde mit einem Schlauch abgepumpt. Weil aber die Decke darüber einzustürzen drohte, entschied man sich schließlich, den Hohlraum zuzuschütten. Seitdem ragt das Schlauchende aus Salz und Geröll heraus und führt das Wasser ab. »Damals hat ja keiner gedacht, dass das Ganze 30 oder mehr Jahre halten muss«, sagt Köhler.

Aus dem Schlauch liefen verlässlich 12,5 Kubikmeter Wasser pro Tag. Bis vor Kurzem. Danach waren es nur noch zwei bis drei Kubikmeter. Vielleicht hat die Folie ein Loch bekommen? Vielleicht ist der Schlauch gerissen?

Auf diese Frage gibt es genauso wenig eine Antwort wie auf die, was mit der größeren Wassermenge passiert, die früher aus dem Schlauch kam. »Wir wissen nicht genau, welche Wege das Wasser von hier nimmt«, sagt Köhler. Man wisse nur, dass es knapp hundert Meter tiefer neuerdings deutlich nasser ist als früher. Das Wasser sickert möglicherweise genau dorthin. Und dann vielleicht weiter in die Kammern mit dem Atommüll.

Von einem »Absaufen«, wie es bergmännisch heißt, sei man allerdings noch weit entfernt, sagt Köhler. Erst wenn Wasser in die radioaktiven Kammern eindringe, sei er »ernsthaft beunruhigt«. Dann müsste die BGE große Mengen belastetes Wasser unter Tage bearbeiten, was allerdings kaum möglich sei. Köhler kann sicher auch so gefasst sprechen, weil er an der Lage ja nicht schuld ist. Verbockt haben das andere schon Jahrzehnte vor ihm.

1967, als man noch mehr als heute an die Atomkraft glaubte, erklärte die damalige Bundesregierung die Schachanlage Asse II zum »Versuchsendlager«. In 13 Kammern landeten fortan Uran, Plutonium und Arsen,

knapp 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen, dazu Chemiemüll.

Mit Schaufelbaggern haben sie die gelben Fässer in die Tiefe gekippt, Salz drauf gestreut und das flapsig »einpökeln« genannt. Kreuz und quer lagen die Fässer dann im Graben wie Kartoffelschalen auf einem Komposthaufen. Ein Geheimnis war das nicht: Die Menschen aus den umliegenden Orten erinnern sich noch heute, wie sie damals mit der Schulklasse in die Asse einfuhren und neben dem Fässergrab standen. »Alles ganz normal und sicher«, hieß es damals erinnert sich Dirk Neumann, der Bürgermeister der umliegenden Gesamtgemeinden Elm-Asse. »Ein Verbrechen an der Bevölkerung«, sagt er heute.

Es gehört zu den Dramen der Asse, dass Politik und Betreiber aus ihren Fehlern lange nicht gelernt haben. Es gab Stimmen, die früh vor einem Wasserproblem gewarnt haben. Sie wurden nicht gehört. Erst Ende der Achtzigerjahre wird das öffentlich. Aber erst viel später geht die Bundespolitik das Problem an, beschließt 2013 die Lex Asse. Das Gesetz legt die Rückholung der Abfälle fest. Seit 2017 ist die BGE für das Lager verantwortlich.

Einer, der sich seit vielen Jahren mit den Skandalen der Asse beschäftigt, ist Andreas Riekeberg von der Bürgerbewegung Aufpassen. Das ist ein Zusammenschluss von Bürgern der umliegenden Gemeinden, die seit 2003 die Asse kritisch begleiten. Riekeberg müht sich auf einen Hügel hinter dem Bergwerk. Oben angekommen blickt man auf die hügelige Landschaft rund um die Asse, an guten Tagen reicht die Sicht bis hin zum Brocken.

Riekeberg zeigt auf ein Abluftrohr, das neben dem Schachtaufzug in den Himmel ragt und von irgendwo da unten bei den Fässern kommt. Er sagt, hier komme noch immer kontaminierte Luft heraus und wehe in Richtung der umliegenden Dörfer. Nötig sei ein höherer Abluftkamin, um die Belastung zu reduzieren. Einer der »zahlreichen Skandale« der Asse, sagt er. Der BGE wirft er zudem vor, Plan und Umsetzung der Rückholung verschleppt zu haben.

Aus Riekebergs Stimme scheint die Widerstandskraft gewichen. Das aktuelle Problem mit dem Wasser? Achselzucken. Die Bürgerbewegung habe schon vor Jahren kritisiert, dass die Wege zu den Kammern, in denen der meiste radioaktive Müll liegt, verschüttet wurden. Jetzt komme man nicht mehr dort heran.

Wer sich mit Anwohnern der umliegenden Gemeinden unterhält, der spürt Unbehagen. Doch so richtig aufgebracht scheint niemand zu sein. Von den Politikern ist man enttäuscht, macht sich lustig über die obliga-

torischen Antrittsbesuche neuer Umweltminister, die in die Asse ein- und ausfahren, betroffen guckten und dann wieder nach Berlin verschwanden.

Neben der zum Bergwerk führenden Straße stehen noch ein paar verblasste Protest-Schilder. Während andernorts schon das Roden eines Waldstücks Aktivisten in Scharen anzieht, bleibt es vor der Asse seltsam still. Es wirkt, als habe die Bevölkerung der Region schon vor Jahren all ihre Empörung aufgebraucht, zu der ein Menschenleben fähig ist.

Im Bergwerk kann man sich Resignation kaum leisten. Umgeben von Salzpützen erklärt Asse-Leiter Köhler, was man nun alles unternehme, um das Problem zu verstehen. Ziel sei es, auf der 658-Meter-Ebene die möglicherweise undichten Stellen in der Folie oder den Rohren zu finden. Dafür versuchen die Bergleute, sich wieder Zugang zu dem einst verschütteten Hohlraum zu verschaffen. Das sei »heikel und anspruchs-

voll«, sagt Köhler. Die Decke sei komplett durchfeuchtet, also instabil.

Was aber passiert, wenn das alles nicht funktioniert? Wenn das Wasser doch mehr wird und in die Kammern dringt? Dann greift der Notfallplan, an deren Ende die Flutung der Asse steht. Erst werden die Hohlräume mit Beton verfüllt. Dann wird eine Magnesium-Chlorid-Lösung in den Salzstock eingelassen, um alle Löcher dicht zu machen.

Deckel zu, alles gut? So einfach sei es nicht, vermutet der Aktivist Riekeberg: »Es wird sich Druck aufbauen, der die Lösung nach oben pressen wird.« Auch Experten halten das für möglich. Das kontaminierte Wasser aus den Stollen könnte so ins Grundwasser gelangen. Köhler will das Eintreten des Notfalls deshalb »unbedingt verhindern«. Sein Blick fällt kurz auf das Dosimeter an seinem Anzug. Das Gerät zeigt noch immer: 0,000. Aber wie lange noch?

📰 die tageszeitung | 28.05.2024 | S. 9

📄 Auflage: 46.540 | Reichweite: 313.141

👤 Bernhard Clasen

Russlands vergessenes strahlendes Erbe

Nukleare Sprengköpfe und Atom-U-Boote aus dem Kalten Krieg belasten das Nordmeer. Aber seit dem russischen Überfall auf die Ukraine kümmert sich niemand mehr darum

Etwa 17.000 radioaktiv strahlende Objekte lagern im hohen Norden in der Barentssee und der Karasee, zwei nördlich von Russland gelegenen Randmeeren des Arktischen Ozeans. Der nukleare Schrott umfasst die ganze Bandbreite der für die Marine einer Weltmacht erforderlichen Ausrüstung: atomare Sprengköpfe, Behälter mit radioaktivem Müll, abgebrannte und nicht abgebrannte Brennstäbe, Atomreaktoren von abgewrackten oder versenkten U-Booten und auch komplette Atom-U-Boote. Das meiste davon lagert auf dem Meeresgrund unweit der Insel Nowaja Semlja, die zwischen 1955 und 1990 Schauplatz von 130 Atomversuchen war. Lange Zeit hatte es Hoffnung gegeben, dass das gefährlich vor sich hin rostende Material eines Tages gehoben und in einer weniger riskanten Form gelagert werden kann. Aber die russische Intervention in der Ukraine vom 24. Februar 2022 hat diese weitgehend zunichtegemacht. Zu diesem Schluss kommt die norwegische Umweltorganisation Bellona in einem jüngst veröffentlichten Bericht.

Vorgestellt hat die Untersuchung Alexander Nikitin, der das Meer und das Problem sehr gut kennt. Ein symbolträchtiger Auftritt, denn von 1974 und 1985 diente Nikitin als Bordingenieur auf Atom-U-Booten der Nordmeerflotte und leitete dann bis 1992 als Kapitän 1. Ranges die Gruppe für Inspektion der Nuklearsicherheit des Verteidigungsministeriums zunächst der UdSSR, später die der Russischen Föderation.

Lange Jahre war Nikitin auch Chef von Bellona-Russland. In dieser Position wurde er im Februar 1996 von der russischen Staatsanwaltschaft des Landesverrats beschuldigt und saß zehn Monate in Untersuchungshaft. Das angebliche Verbrechen: Als Whistleblower hatte er in einem Bericht für Bellona die mangelnde Sicherheit der russischen Nordmeerflotte öffentlich gemacht.

Das atomare Wettrüsten des Kalten Krieges, so Bellona, umfasste auch die Marine. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten bauten zwischen 1947 und 1989 mehr als 400 Atom-U-Boote. Diese sollten den

beiden Supermächten die Möglichkeit geben, Atomraketen von einem Meer aus abzufeuern, wenn ihre landgestützten Silos durch einen feindlichen Erstschlag zerstört worden waren. Zentrum der sowjetischen Nordflotte waren die Fjorde und Küsten um Murmansk, die auch zur Deponie für radioaktive Abfälle und abgebrannte Kernbrennstoffe wurden.

Das ganze Ausmaß der Hinterlassenschaften wurde mit dem Ende der Sowjetunion deutlich. Hauptsächlich von Bellona recherchierte Berichte über radioaktiv verseuchtes Wasser in der Barentssee, versenkte Atom-U-Boote, Torpedos mit atomaren Sprengköpfen und Tausende Container voll radioaktiven Mülls schreckten nicht nur die Erben des sowjetischen Nachlasses, sondern auch die Anrainer- und andere Staaten auf.

Insbesondere Norwegen, aber auch Deutschland und andere EU-Staaten unterstützten Russland in seinen Bemühungen, die schlummernden Gefahren in den Griff zu bekommen. Vor allem dank dieser internationalen Unterstützung gelang es, die Hälfte der im Marine-Stützpunkt Andrejewka-Bucht bei Murmansk gelagerten Brennelemente bis 2021 in ein sichereres Lager zu bringen.

Doch seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist der weitere Prozess weitgehend zum Erliegen gekommen. Die westlichen Partner haben sich sanktionsbedingt zurückgezogen. Und auch in Russland wird der Beseitigung der nuklearen Altlasten des Kalten Krieges in Barentssee und Karasee keine hohe Priorität mehr eingeräumt.

Im Februar 2023 verschob Putin mit einem Erlass die Sanierung der Gebiete, in denen sich Anlagen mit abgebrannten Brennelementen und radioaktiven Abfällen befinden, auf die Zeit nach 2035. Zwei Monate danach wurde mit Bellona die Organisation, die sich seit über zwei Jahrzehnten für eine Bergung der radioaktiven Altlasten in Barentssee und Karasee einsetzt, zur „unerwünschten Organisation“ erklärt. Damit ist ihr dort jegliche Tätigkeit untersagt.

Bellona, die sich für die Bergung einsetzt, wurde zur „unerwünschten Organisation“

Die größten Sorgen bereiten dem inzwischen in Norwegen lebenden Nikitin aktuell die auf Grund liegenden Atom-U-Boote KA-27, „Komsomolez“ und K-159.

Das KA-27 war im Herbst 1982 in der Karasee versenkt worden, wo es heute in rund 75 Metern Wassertiefe liegt. Sieben Jahre später, am 7. April 1989, war die „Komsomolez“ gesunken, alle 42 Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. Womöglich werde das in 1.000 Meter Tiefe liegende U-Boot niemals geborgen werden, mutmaßt Nikitin. Dabei sei das Wrack eine ständige Gefahr für die Umwelt, in ihm befinden sich mehrere Atomtorpedos mit Sprengköpfen und ein Atomreaktor. Auch wenn in regelmäßigen Abständen versucht werde, Strahlungswerte zu messen, denke doch derzeit niemand an eine Bergung, sagt Nikitin. Das K-159 war ein Atom-U-Boot der sowjetischen und später der russischen Marine. 2003 sank es, bereits außer Dienst gestellt, mit neun Besatzungsmitgliedern. Das Wrack liegt in der Nähe der Insel Kildin in der Barentssee, etwa 20 Kilometer östlich der Kola-Bucht.

Nicht nur am Meeresgrund lauern die radioaktiven Altlasten der sowjetischen und russischen Flotte. Auch die Infrastruktur, die für die Versorgung der Flotte gebaut wurde, ist verseucht. Deshalb ist wohl an keinem Ort im Norden Russlands die radioaktive Bedrohung

so groß wie am Marine-Stützpunkt in der Andrejewabucht in der Region Murmansk. Etwa die Hälfte der dort befindlichen Lager und anderer Strukturen ist nach wie vor verstrahlt: das Gebäude Nr. 5 beispielsweise oder die Trockenlager Nr. 2-A, 2-I und 3-A, in die die abgebrannten Brennelemente aus Gebäude Nr. 5 nach einem Leck 1982 verbracht wurden. Hier lagern etwa 15.300 Tonnen schwach- bis mittelradioaktiven Abfalls.

Wie kann es nun weitergehen? Noch vor einem Jahrzehnt waren die Aussichten, die ökologischen Folgen der vor sich hin verrottenden Altlasten in den Griff zu bekommen, nicht schlecht. Doch der seit dem 24. Februar 2022 andauernde Krieg hat diese Perspektiven begraben. Von den westlichen Partnern ist aktuell nichts zu erwarten. Umgekehrt will auch Russland nicht mehr mit dem Westen zusammenarbeiten. Und wer in Russland mit Moskau in einen Dialog zu diesem Thema treten will, muss mit beruflichen Nachteilen rechnen. Wer mit der dort verbotenen Umweltschutzorganisation Bellona zusammenarbeitet, steht erst recht mit einem Bein im Gefängnis.

Dass es grenzübergreifende und globale Probleme gibt und man die Welt nur gemeinsam erhalten kann, ist in Zeiten wie diesen in Russland eine Minderheitenposition. Eine Bergung und sichere Lagerung der strahlenden Altlasten des Wettrüstens im Nordmeer ist damit in weite Ferne gerückt.